

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Vertrauen in die Euro-Einführung stärken**

Am 1. Januar 2002 wird mit der Einführung des Euro-Bargeldes die Ablösung der D-Mark durch den Euro als gesetzliches Zahlungsmittel abgeschlossen. Dies ist die entscheidende Phase eines zentralen und tiefgreifenden Projektes wirtschaftlicher und politischer Integration in Europa. Gelingt sie, werden die positiven Impulse der Einführung des Euro gestärkt. Entscheidend wird sein, durch frühzeitige und umfassende Information und Organisation verbreitete Skepsis und Missverständnisse abzubauen und bei Bürgerinnen und Bürgern Vertrauen in die Währungsumstellung zu schaffen. Die Verantwortung dafür liegt bei der Europäischen Zentralbank, den Mitgliedstaaten, in Deutschland aber auch bei den Ländern sowie beim Kreditgewerbe vor Ort.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Rahmen seiner Zuständigkeiten alles zu tun, dass die Euro-Bargeldeinführung im Land Bremen erfolgreich durchgeführt werden kann.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat insbesondere auf,

- die aus Anlass der Euro-Bargeldeinführung notwendigen Änderungen in Gebührengesetzen, -verordnungen und Entgeltverordnungen der Bürgerschaft mit dem Haushalt für das Jahr 2002 zuzuleiten;
- sich bei der Neufestsetzung der so genannten Signalbeträge dem Vorschlag der Bundesregierung im Entwurf des Neunten Euro-Einführungsgesetzes anzuschließen, diese Signalbeträge zur Verbesserung der Akzeptanz im Verhältnis zwei zu eins umzustellen;
- die eigene Informationstätigkeit zu intensivieren, vor allem gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in den Fragen, die die Vorbereitung auf die Bargeld-Umstellung und Sicherheitsfragen bei der Umstellung betreffen;
- sicherzustellen, dass den Bürgerinnen und Bürgern in den Wochen vor der Umstellung und vor allem während der Monate Januar und Februar 2002 leicht zugängliche zusätzliche Informations- und Beschwerdestellen zur Verfügung stehen.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet vom Kreditgewerbe im Land Bremen, dass die Geldinstitute allen Bürgerinnen und Bürgern bis zum 28. Februar 2002 kostenfrei und in unbegrenzter Höhe D-Mark in Euro am Schalter tauschen.

Dr. Kuhn, Dr. Helga Trüpel,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen